IV. Aussenwirtschaftspolitik

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/1136>

DOI: 10.4000/sjep.1136

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 janvier 1990

Number of pages: 97-115

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

« IV. Aussenwirtschaftspolitik », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 9 | 1990,
Online erschienen am: 30 März 2013, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/1136> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/sjep.1136>

IV. Aussenwirtschaftspolitik

1. Exportrisikogarantie

1988 schloss die ERG-Rechnung, wie regelmässig seit bereits 1978, mit einem Defizit. Dieses musste mit einem Bundesvorschuss von 440 Millionen Franken gedeckt werden, womit sich dieser auf 1,6 Milliarden Franken erhöht hat. Angesichts dieser Lage legte der Bundesrat eine Revisionsvorlage für die Sanierung der ERG zur Vernehmlassung auf. In erster Linie soll das aus der Deckung von Währungsrisiken entstandene Defizit von 900 Millionen Franken abgeschrieben werden. Doch auch nach der Suspendierung der Währungsrisiko-Deckung 1985 arbeitete die ERG mit Verlusten, dies insbesondere als Folge der ansteigenden Schäden aus Schuldenkonsolidierungen von Entwicklungsländern. Von entwicklungspolitischer Seite wird die Koppelung der ERG-Sanierung mit dem Erlass von ERG-Schulden für Entwicklungsländer gefordert.

Die schweizerische Exportrisikogarantie ist ein wichtiges Instrument der Aussenwirtschaftspolitik; sie ist auch eng mit der Entwicklungspolitik verbunden, sieht doch Art. 1 Abs. 2 vor, dass die ERG bei Exporten nach ärmeren Entwicklungsländern die Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik mitberücksichtigen soll. In den letzten Jahren deckten durchschnittlich 70 Prozent der ERG-Garantien Ausfuhren in Entwicklungsländer, rund 20 Prozent betrafen die Gruppe der 62 ärmeren (1) Länder. Grundsätzlich sollte die ERG eigenwirtschaftlich arbeiten, was angesichts der defizitären Entwicklung der letzten Jahre aussichtslos geworden ist.

ERG-Zahlen 1988

1988 nahmen die Neugarantien um 19 Prozent zu auf 1'257 Millionen Franken; das Gesamtengagement bildete sich 1988 auf 8'747 Millionen Franken (1987:

9'852) zurück, was bedeutet, dass die erteilten Neugarantien geringer ausfielen als die Rückzahlungen und Wertberichtigungen auf alte Schulden. 67 Prozent der erteilten Neugarantien entfielen auf die Entwicklungsländer. Gegenüber dem Vorjahr mit einem Anteil von 79,6 Prozent ist der Trend rückläufig. Verschuldung und Investitionsrückgang sind vor allem für den massiven Fall von Neugarantien in Lateinamerika verantwortlich. Der Zuwachs für Afrika beschränkt sich auf einige wenige noch zahlungsfähige Märkte, insbesondere für kurzfristige Geschäfte.

1988 erfolgten Schadenauszahlungen in der Höhe von insgesamt 160,5 Millionen Franken. Die höchsten Beträge verzeichneten die sieben Länder Argentinien (55 Millionen Franken), Syrien (28), Polen (20), Peru (14), Honduras (9), Irak (7) und Brasilien (6), was zusammen mehr als 80 Prozent der Schadenauszahlungen ausmacht.

Tabelle Nr. 11

ERG-Neugarantien nach Regionen						
Ländergruppe	1988		1987		1986	
	Mio. Fr.	Anteil in %	Mio. Fr.	Anteil in %	Mio. Fr.	Anteil in %
EFTA-Länder	4,3	0,3	4,1	0,4	13,5	0,8
EWG-Länder ¹	50,0	4,0	1,5	0,1	10,3	0,6
Mitgliederländer RGW ²	254,6	20,3	102,9	9,8	255,5	15,1
Übriges Europa	112,2	8,9	106,9	10,1	260,5	15,4
Nordamerika	—	—	—	—	55,5	3,3
Zentralamerika/Karibik	51,0	4,1	42,3	4,1	85,1	5,1
Südamerika	102,5	8,1	256,7	24,3	234,9	13,9
Afrika	278,3	22,1	202,5	19,2	312,8	18,6
Asien	404,4	32,2	337,6	32,0	458,3	27,1
Ozeanien	—	—	—	—	2,0	0,1
	1257,4	100,0	1054,5	100,0	1688,4	100,0
davon:						
OECD-Staaten	88,6	7,0	34,5	3,3	157,7	9,3
62 ärmere Länder	285,6	22,7	165,5	15,7	245,0	14,5

1) ab 1988 inkl. Portugal und Spanien.
 2) Mitgliederländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Quelle: ERG-Jahresbericht 1987 und 1988

Bei der Betrachtung des *Gesamtengagements* fällt auf, dass in allen Regionen ein weiterer Rückgang zu verzeichnen ist. Was die Gruppe der 62 ärmeren Länder anbelangt, so ist der Rückgang von 1986 mit 2,5 Milliarden ERG-Engagement auf rund 1,65 Milliarden im Jahre 1988 ausserordentlich gross. Erklärt wird dieser Rückgang mit zunehmenden Umschuldungen und endgültigen Schadensfällen (bei Zahlungsunfähigkeit wird das entsprechende Engagement ausgebucht). Es ist zu erwähnen, dass in der Gruppe der ärmeren Entwicklungsländer der Grossteil des ERG-Engagements auf die vier wirtschaftskräftigen "Grossen" Ägypten, China, Indien und Indonesien entfällt:

Tabelle Nr. 12

ERG-Engagement gegenüber den Entwicklungsländern 1986-1988				
	Insgesamt	62 ärmeren	davon:	
			die 4 "grossen"	die 58 "kleinen"
1986	8530	2480	1650	830
1987	6939	1865	1675	190
1988	5982	1655	1324	331
Quelle: ERG-Jahresbericht 1988				

Das ERG-Engagement in den Entwicklungsländern insgesamt ist in den letzten drei Jahren um mehr als 2,5 Milliarden Franken gesunken; davon betroffen waren alle Regionen, am meisten allerdings Afrika mit einem Rückgang von 1,2 Milliarden, gefolgt von Asien mit 662 Millionen und Lateinamerika mit 150 Millionen.

Insgesamt erhielten die ärmeren Länder 1988 *Neugarantien* in der Höhe von 285,6 Millionen Franken (165,5). Der Anstieg ist in erster Linie auf Mischkreditgeschäfte (Philippinen, Guatemala) zurückzuführen. Der grösste Teil der Neugarantien entfiel auch 1988 wieder auf die asiatischen Entwicklungsländer. In Lateinamerika waren die Neuvergaben kleiner als die Rückzahlungen alter Garantien.

Nach Branchen gegliedert betrifft das ERG-Engagement unverändert zu rund 80 Prozent die Maschinenindustrie, gefolgt von Bau 6 Prozent, Chemie 6 Prozent, Ingenieurwesen 4 Prozent.

Was die Kreditdauer anbelangt bestätigt sich der Trend zur Vergabe von kurz- und mittelfristigen Garantien. Mehr als die Hälfte der Neugarantien (56 Prozent) wurden 1988 nur bis zu 1 Jahr vergeben, wogegen die Kreditdauer des Gesamtengagements zu 82 Prozent auf über 1-jährige Kredite entfällt.

Tabelle Nr. 13

ERG-Neugarantien für die 62 ärmeren Entwicklungsländer				
	1988		1987	
	Mio. Fr.	Anteil in %	Mio. Fr.	Anteil in %¹
Zentralamerika + Karibik	4,3	0,3	0,7	0,07
Südamerika	-0,3	—	0,4	0,04
Afrika	46,8	3,7	40,4	3,8
Asien	234,8	18,7	124,0	11,8
Ozeanien	—	—	—	—
	285,6	22,7	165,5	15,7
1) Rückzahlungen, Erlass und Abschreibung alter Garantien grösser als Neugarantien.				
Quelle: ERG-Jahresbericht 1988				

Revisionsvorlage

Die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte befasste sich auch im Berichtsjahr wieder mit der ERG. Anlass dazu gab ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkommission, welche nach der Prüfung der ERG-Rechnung 1987 dringend die Ausarbeitung von Sanierungsmassnahmen empfohlen hatte. Die GPK des Nationalrates verfasste daraufhin einen Bericht an den Bundesrat mit Revisionsvorschlägen. (Vgl. dazu Jahrbuch 1989). Im April 1989 legte der Bundesrat einen vom EVD verfassten Botschaftsentwurf in Form eines Berichtes zur Vernehmlassung bei den interessierten Kreisen auf.

Im Mittelpunkt der bundesrätlichen Revisionsvorlage stehen einerseits die schrittweise Abschreibung des 900-Millionen-Franken-Defizits aus der bis 1985 gewährten Deckung von Währungsrisiken und andererseits eine neue Gebühren- und Deckungsordnung. Letztere trat am 1. Mai 1989 in Kraft. Was das Defizit aus Währungsverlusten anbelangt, ist man sich einig, dass diese endgültig uneinbringlich sind, da im Gegensatz zu Umschuldungen keine Ersatzforderungen mehr vorhanden sind. Das Defizit setzt sich zusammen aus 678 Millionen Franken Währungsverluste aus den Jahren 1973-1985 und 222 Millionen Franken aufgelaufene Zinsen. Die Abschreibung soll im Ausmass des jeweils Ende Jahr bestehenden Fehlbetrages in der Bilanz der ERG auf wertberichteter Basis erfolgen. Zusammen mit der neuen Gebührenordnung soll auf diesem Wege künftig die Eigenwirtschaftlichkeit der ERG wieder zum Tragen kommen.

Erlass von ERG-Schulden der Entwicklungsländer

Die Arbeitsgemeinschaft der vier Hilfswerke Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas fordert in ihrer Stellungnahme die Koppelung der ERG-Sanierung mit Massnahmen der Entschuldung der Entwicklungsländer. Diese Forderung wird unterstützt durch ein Postulat (Miville SP/BS, 22.9.1988), welches den Bundesrat ersucht, Vorschläge zu unterbreiten, wie die ERG zugunsten der Entschuldung der Entwicklungsländer eingesetzt werden kann. Das Postulat wurde überwiesen.

Gegenüber den Entwicklungsländern sind insgesamt rund 2 Milliarden Franken Altschulden aus ERG-Engagements ausstehend. Damit verfüge die ERG über einen beachtlichen Handlungsspielraum um die Lage verschuldeter Länder zu verbessern. In Zukunft dürften sich die Umschuldungen dieser Länder noch intensivieren. Der Pariser Klub biete den multilateralen Rahmen für konzessionäre Zinsen oder für Schuldenerlass. In berechtigten Fällen solle der Bund jedoch in den bilateralen Verhandlungen weitergehende Schuldenerlasse gewähren.

Seit 1984 haben die Entwicklungsländer mehr Rückzahlungen an die ERG geleistet als sie an Neukrediten bzw. Garantien erhielten. Die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke geht davon aus, dass dies - insbesondere bei den ärmeren Ländern Afrikas - nur über die Entwicklungshilfegelder möglich war. Dieser Umstand sei entwicklungspolitisch absurd.

Weitere Forderungen der Hilfswerke

Folgende Forderungen der Hilfswerke werden wie auch die Forderung nach Schuldenerlass von den Gewerkschaften und der SPS unterstützt:

- In die einseitig aus Vertretern der Wirtschaft und des Bundes zusammengesetzte ERG-Kommission sollen Sachverständige (Frauen und Männer) aus den Hilfswerken und den Gewerkschaften Einsitz nehmen.
- Der Begriff der "ärmeren Entwicklungsländer" ist bei der ERG (BSP von 700 Dollar) gleich anzusetzen wie bei den Mischkrediten (BSP von 1'430 Dollar). Somit ist die ERG-Liste der ärmeren Entwicklungsländer zu erweitern, bei denen die entwicklungspolitischen Grundsätze mitzuberücksichtigen sind. Die SPS fordert in ihrer Stellungnahme die Prüfung *in jedem Fall* für *alle* Entwicklungsländer.
- Mehr Transparenz der Angaben in der ERG-Rechnung über die Garantie-Gewährung, insbesondere die Veröffentlichung von Länderstatistiken (Postulat Miville).
- Evaluation der entwicklungspolitischen Auswirkungen der ERG-gedeckten Exporte einerseits und andererseits über die arbeitsplatzerhaltende Wirkung der ERG.

Die vorgeschlagene Revision der ERG untersteht dem fakultativen Referendum.

Anmerkung

1. Die ERG-Länderstatistik folgt der Aufstellung des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD; diese teilt die 62 ärmeren Entwicklungsländer ein in die "Gruppe der ärmsten" (33 Länder), in die Gruppe "andere einkommensschwache Länder" (27 Länder) und "weitere Länder" umfassend China und Indien.

Quellen

ERG-Bericht 1988

Erläuterungen des Bundesrates zum Vernehmlassungsentwurf über die Abschreibung der Verluste der ERG aus der Deckung von Währungsrisiken, April 1989

Bericht der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte über ihre Tätigkeit im Jahre 1988/89 an die Finanzkommissionen des National- und Ständerates, 25. April 1989

Entwicklungspolitische Stellungnahmen 1988: Revision der ERG, November 1988 und Juni 1989

Tobias Bauer: ERG und ärmste Länder, in: mosquito Nr. 10/November 1988

i3w-Dokument Nr. 4, Entschuldung der Entwicklungsländer, 20. September 1989

2. Bilaterale Umschuldungsabkommen

1988 hat die Schweiz mit 8 Ländern Umschuldungsabkommen abgeschlossen und im ersten Halbjahr 1989 bereits mit neun weiteren (vgl. Tabelle 14). Die umgeschuldeten Beträge (Anteil ERG und Selbstbehalt der Exporteure) erreichten rund 630 Millionen Franken (1987 rund 533 Millionen Franken). Ende 1988 waren 69 bilaterale Umschuldungsabkommen mit 30 Ländern in Kraft.

Der Teil der aus diesen bilateralen Umschuldungen an die Exporteure ausbezahlten Exportrisikogarantie betrug Ende 1988 insgesamt 1,7 Milliarden Franken. An den Umschuldungen beteiligten sich die Exporteure mit weiteren 535 Millionen Franken. Diese Beträge müssen die Schuldnerländer laut den Umschuldungsprotokollen in 5 bis 8 Jahren zurückbezahlen. "Die Verpflichtungen aus den bestehenden Abkommen werden zusehends nur noch mit wachsenden Verzögerungen eingehalten" (ERG-Bericht 1988). Rund 49 Millionen Franken Amortisationszahlungen aus 9 Ländern und 85 Millionen Franken Zinsen aus 11 Ländern sind seit mehr als einem Jahr fällig.

Das Verfahren bei ERG-gedeckten Schuldenkonsolidierungen ist jeweils folgendes: Vor Abschluss des bilateralen Abkommens werden die Exporteure gebeten, die in das Abkommen einzuschliessenden Beträge bekanntzugeben. Diese werden anschliessend der zuständigen Zentralbank des Schuldnerlandes zur Genehmigung unterbreitet. Nach dieser Genehmigung erfolgt die Auszah-

lung des Garantienteils an den Exporteur.

Während sämtliche Umschuldungsprotokolle im Jahre 1988 noch den marktüblichen Zins von 5,5 Prozent festlegten, gewährte die Schweiz gemäss Option A (Zinserleichterungen) der im Rahmen des Pariser Klubs ausgearbeiteten Konzessionen für die ärmsten afrikanischen Schuldnerländer eine Zinsreduktion von 50 Prozent gegenüber dem Marktzins. (Vgl. dazu auch "Umschuldungen im Rahmen des Pariser Klubs").

Tabelle Nr. 14

Bilaterale Umschuldungsabkommen		
	1988	
Länder	Betrag Millionen Franken	Zins %
Philippinen II	15,0	5,5
Senegal IV	1,0	5,5
Guinea-Bissau	9,1	5,5
Brasilien II	60,0	5,5
Togo	41,0	5,5
Gabon	4,1	5,5
Ägypten	425,0	5,5
Jugoslawien	75,0	5,5
	Erstes Halbjahr 1989	
Ecuador III	14,0	5,5 ¹
Mali	3,0	2,75
Argentinien II	192,0	5,5
Zentralafrikanische Republik	12,8	2,75
Tansania	4,5	2,75
Madagaskar	1,4	2,75
Senegal VII	4,6	2,75
Bolivien II	13,0	5,5
Polen IV	210,0	5,5
1) 2,75 für Bundeskredite.		
Quelle: BAWI		

Quellen

Bericht über das Geschäftsjahr 1988 der ERG
BAWI

3. Zollpräferenzen

Die Gewährung von Präferenzzöllen für Einfuhren aus Entwicklungsländern wird multilateral im Rahmen des GATT ausgehandelt. Ein grosser Teil der Waren aus Entwicklungsländern geniesst Zollfreiheit. Für den verbleibenden Teil der Einfuhren - hauptsächlich Landwirtschaftsprodukte - aus Entwicklungsländern gelten reduzierte Zollansätze. Die Schweiz gewährt den ärmsten Ländern (nach UNO-Klassifikation) Zollfreiheit für alle Industriegüter und Präferenzzölle für Landwirtschaftsprodukte. 1989 wurden Mosambik und Vanuatu in die Liste der ärmsten Länder aufgenommen.

Per 1. Juli 1989 hat der Bundesrat den Einfuhrzoll auf Roh- und Kristallzucker aus Entwicklungsländern aufgehoben. Diesem Entschluss ging eine parlamentarische Debatte voraus, bei der anlässlich der Behandlung des Zuckerbeschlusses die Aufnahme einer sog. Entwicklungsklausel gefordert wurde: Ein Teil des in die Schweiz importierten Zuckers solle zu gerechten Preisen aus Entwicklungsländern eingeführt werden. Bei der Differenzbereinigung wurde die Entwicklungsklausel fallengelassen und die Zollbefreiung für Zucker aus der Dritten Welt in Aussicht gestellt, wie sie per 1. Juli 1989 dann zur Anwendung kam. Dadurch soll der Zucker aus Entwicklungsländern gegenüber dem subventionierten EG-Zucker konkurrenzfähiger werden. 1987 kamen nur gerade 4,1 Prozent des Zuckerimports aus Entwicklungsländern; durch die Zollbefreiung soll in Zukunft mehr Zucker aus der Dritten Welt eingeführt werden. (Ausführlicher behandelt in "Parlamentsdebatten").

Im Zuge der Uruguay-Runde des GATT wurden ab 1. Juli 1989 die Zölle für tropische Produkte gesenkt. Dies bedeutet Zollerleichterung für tropische Ausfuhren aus den Entwicklungsländern. Es handelt sich um Zollreduktionen zwischen 10 und 50 Prozent für über vierzig tropische Produkte und um Zollbefreiung für Tee-Importe aus der Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer.

1988 beliefen sich die Einfuhren aus Entwicklungsländern - wie Tabelle 15 zeigt - insgesamt auf 6,4 Milliarden Franken, somit 9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Importe aus Entwicklungsländern an den Gesamtimporten blieb mit 7,7 Prozent gering. Importe in der Höhe von 4,1 Milliarden Franken hätten zollbegünstigt importiert werden können; davon Gebrauch gemacht haben lediglich 35 Prozent oder Importe im Wert von rund 1,4 Milliarden Franken.

Aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder wurden 1988 für 109 Millionen Franken Einfuhren in die Schweiz getätigt (31 Prozent mehr als im Vorjahr), davon wurden 42 Millionen Franken zollbegünstigt oder zollbefreit importiert.

Der tiefe Ausnützungsgrad der Präferenzzölle erklärt sich teilweise durch das fehlende Wissen über die Handhabung solcher Zölle in den betreffenden Entwicklungsländern. Der Bund organisiert und finanziert regelmässig regionale und lokale Seminare über die Handhabung des Präferenzzoll-Schemas. (Vgl. auch das Kapitel Zollpräferenzen unter UNCTAD). Ein weiterer Grund sind die tiefen Zollansätze für gewisse Produkte wie beispielsweise für Edelsteine und -

metalle. Für diese werden selten die Präferenzzölle beansprucht; schliesst man diese Produktgruppe aus, dann erhöht sich der Ausnützungsgrad von 35 auf 65 Prozent.

Tabelle Nr. 15

Einfuhren der Schweiz und Zollpräferenzen 1986-1988			
1. Jahr	1986	1987	1988
2. Gesamteinfuhren der Schweiz in Mio Fr.	73.512	75.170	82.390
3. Einfuhren aus Entwicklungsländern in Mio Fr.	5.203	5.901	6.365
4. Anteil der Einfuhren aus EL (Reihe 3 bezogen auf Reihe 2)	7,08	7,80	7,72
5. Einfuhren, die präferenziell begünstigt werden können, in Mio Fr.	2.600	3.437	4.114
6. Tatsächlich ausgenützte Präferenzen in Mio Fr.	1.177	1.290	1.478
7. Ausnützungsgrad der gewährten Vorteile in % (Reihe 6 bezogen auf Reihe 5)	45	37	35,8
Quelle: BAWI			

Quellen

BAWI

Entwicklungspolitische Stellungnahmen 1988 der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas

NZZ, 27.4.1989

4. Wirtschaftsgespräche

Die Schweiz führt regelmässig Gespräche mit Entwicklungsländern über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen; dies in Form von gegenseitigen Besuchen von gemischten Delegationen aus Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung.

Nachstehend die wichtigsten der in der Berichtsperiode geführten Wirtschaftsgespräche:

Lateinamerika

Im August 1988 weilte Bundesrat Delamuraz in **Argentinien** und führte u.a. vorbereitende Gespräche über ein Umschuldungsabkommen betreffend argentinische Verpflichtungen gegenüber dem Bund. Im März 1989 wurde ein solches Abkommen in der Höhe von 192 Millionen Franken unterzeichnet. Die Unterzeichnung dieses Vertrages ist eine der Voraussetzungen für die Gewährung eines neuen Rahmenkredits über 100 Millionen Franken für die argentinische "Banco nacional de desarrollo". Eine weitere Voraussetzung ist die Erfüllung der Schuldendienst- und Amortisationspflichten auf den ersten solchen Rahmenkredit in gleicher Höhe. Aus dem Rahmenkredit werden vorwiegend ERG-versicherte Schweizer Leistungen bezahlt. Beispielsweise die Fertigstellung der mit Schweizer Beteiligung gebauten Schwerwasseranlage Arroyito. Ein weiterer Anlass der Argentinien-Reise Delamuraz war die Feier des 50-Jahr-Jubiläums der Handelskammer Argentinien-Schweiz.

Anlässlich eines Besuches in der Schweiz im Oktober 1988 unterzeichnete der Wirtschafts- und Finanzminister aus **Uruguay** ein Investitionsschutzabkommen. In Bern wurden im Berichtsjahr weiter Wirtschaftsgespräche auf privater Ebene mit Delegationen aus **Kolumbien, Guatemala, Kuba** und **Chile** geführt. Diese Gespräche werden in der Regel von den Handelskammern organisiert.

Im April 1989 besuchte eine schweizerische Handelsdelegation **Mexiko**. Mexiko ist nach Brasilien der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz in Lateinamerika. 1988 exportierte die Schweiz Erzeugnisse im Wert von 326 Millionen Franken und importierte mexikanische Waren (vor allem Kaffee und Baumwolle) in der Höhe von 56 Millionen Franken. Die Schweiz zählt zu den bedeutenden ausländischen Investoren (Ende 1988 betrug das schweizerische Investitionsvolumen rund 1 Milliarde Dollar). Mexiko kündigte eine Liberalisierung seiner Vorschriften für ausländische Investitionen an. Auf dem die Schweizer Wirtschaftsvertreter besonders interessierenden Gebiet des Investitions-, Marken- und Patentschutzes will Mexiko vorerst jedoch keine bilateralen Verträge schliessen. Hingegen wurden Vorgespräche über ein Doppelbesteuerungsabkommen geführt.

Asien

In **Seoul/Südkorea** führte eine Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von Bundesrat Delamuraz im September 1988 (am Rande der Olympiade) Wirtschaftsgespräche mit Vertretern von Regierung und Wirtschaft. Delamuraz plädierte in den Gesprächen für einen weiteren Zollabbau, einen für Schweizer (Pharma-) Interessen stärkeren Schutz von geistigem Eigentum (Patenten) und nichtdiskriminierende Rahmenbedingungen für Schweizer Direktinvestitionen in

Südkorea. Der Warenverkehr zwischen der Schweiz und dem "jungen Industrieland" Südkorea war in den letzten Jahren mehr oder weniger ausgeglichen. Die *Ausfuhrerlöse* Südkoreas nahmen jedoch deutlich stärker zu als jene der Schweiz. Die Schweiz exportierte 1987 Waren (Maschinen und Messinstrumente, chemische Produkte) nach Südkorea im Wert von 328 Millionen Franken und importierte in die Schweiz Waren aus Südkorea (elektrische und elektronische Erzeugnisse, Lederwaren, Textilien) im Wert von 355 Millionen Franken.

Mit **China** und mit **Indien** hat die Schweiz eine gemischte Wirtschaftskommission, die regelmässig den Stand der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erläutert. Im November 1988 tagte die Wirtschaftskommission Schweiz-Indien in New-Delhi. Die geführten Gespräche betrafen u.a. auch ein beabsichtigtes Doppelbesteuerungsabkommen. Kein Thema ist der Investitionsschutz, weil Indien am Abschluss solcher Abkommen vorerst nicht interessiert ist.

Im Juni 1988 weilte die **philippinische** Präsidentin Aquino zu einem Besuch in Bern. Dabei wurden erste Verhandlungen über einen Mischkredit von 60 Millionen Franken geführt. Ferner wurde die Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens beschlossen, welche im Herbst 1988 in Manila erstmals durchgeführt wurden.

Quellen

BAWI
NZZ, 25.4.1989

5. Waffenausfuhr

*1988 haben die **schweizerischen Kriegsmaterialexporte** gegenüber dem Vorjahr - in dem mit 578 Millionen Franken ein Höchstwert erreicht wurde - abgenommen und betrugen 504 Millionen Franken. Auch der Anteil der Waffenausfuhr am schweizerischen Gesamtexport ist gesunken und lag 1988 bei 0.68 Prozent (Vorjahr 0.86). Nach vier Jahren wurde der Anteil der Waffenexporte in Industrieländer mit 52 Prozent wieder grösser als derjenige in die Entwicklungsländer, in welche schweizerisches Kriegsmaterial im Wert von insgesamt 245 Millionen Franken exportiert wurde. Im Juni 1989 wurde die Petition "Menschenrechte und Waffenausfuhr" eingereicht.*

Weltweit sind die Militärausgaben im Sinken begriffen; der internationale Waffenhandel stabilisiert sich (laut Erhebungen des SIPRI (1) auf hohem Niveau. Im Waffenexport von schwerem Kriegsmaterial ("alltägliches Kriegsgerät" wie Gewehre, Munition usw. entzieht sich der systematischen Erhebung) liegt die UdSSR an erster Stelle gefolgt von den USA und China. China war 1988 mit

einem Marktanteil von rund 10 Prozent der drittgrösste Waffenlieferant der Dritten Welt; wichtigste Kunden Chinas sind Saudi-Arabien, Aegypten, Iran (50 % der an Iran gelieferten schweren Waffen), Irak und Pakistan.

Die Aufteilung der **schweizerischen Waffenexporte** für die Jahre 1987 und 1988 innerhalb der Ländergruppen der Entwicklungsländer nachfolgend Tabelle 16. Die 41 **Länder der ärmsten Gruppe** (LLDC's gemäss OECD-Klassierung, siehe Fussnote 1 der Tabelle) kauften in der Schweiz für rund 10'000 Franken Waffen (Vorjahr rund 20'000 Franken). Die 26 **übrigen Niedrigeinkommens-Länder** (LIC's) vervierfachten ihre Bezüge beinahe auf 19,3 Millionen Franken (Vorjahr 4.1 Millionen Franken). Die Steigerung der Exporte dieser Ländergruppe geht auf das Konto *Pakistans*, wohin Schweizerwaffen für insgesamt 18,9 Millionen Franken (Vorjahr 2,5 Millionen Franken) verkauft wurden. Pakistan liegt sehr direkt am afghanischen Spannungsgebiet. *Indien* senkte seine Waffenimporte aus der Schweiz von 1,2 Millionen Franken im Vorjahr auf 0,2 Millionen Franken 1988.

Bei der **mittleren Einkommensgruppe** wird von der OECD zwischen einer unteren (LMIC) und einer oberen (UMIC) Untergruppe unterschieden. Die Lieferungen in die LMIC's waren 1988 etwa doppelt so hoch wie 1987 (135 gegenüber 65 Millionen Franken). *Nigeria* und *Thailand* sind die Hauptabnehmer dieser Ländergruppe. Der umstrittene Grossabnehmer Nigeria importierte 1988 wiederum Schweizerwaffen für 106 Millionen Franken (21 % aller Waffenexporte), nachdem er 1987 auf 30'000 Franken reduziert hatte. 1986 allerdings bezog Nigeria bereits Schweizerwaffen im Wert von 80,8 Millionen Franken.

Die Bezüge der UMIC's sanken von 245,6 Millionen auf 90,3 Millionen Franken. Hauptabnehmer ist wie im Vorjahr *Saudiarabien*. Auch *Bahrain* importierte 1988 wiederum Waffen aus der Schweiz; Bahrain liegt wie Saudiarabien in unmittelbarer Nähe zum 1988 noch heftig umkämpften Spannungsgebiet Iran/Irak, in dessen kriegerischen Auseinandersetzungen nach internationalen Beobachtern auch Giftgas eingesetzt wurde. Auch *Singapur* ist ein regelmässiger Abnehmer von Schweizerwaffen.

Die *Türkei* bezieht regelmässig Kriegsmaterial aus der Schweiz, obwohl das Land von schweren inneren Konflikten (Kurdenverfolgung) und Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist. Alljährlich ersuchen zahlreiche türkische Flüchtlinge Asyl in der Schweiz. Der schweizerische Friedensrat fordert denn auch seit Jahren ein Embargo für Waffenverkäufe in die ganze Nahost-Region, von der Türkei bis Pakistan. Im Falle der Türkei könne - dies die Antwort der damaligen Justizministerin Elisabeth Kopp - nicht von systematischer Verletzung der Menschenrechte gesprochen werden (Tages-Anzeiger 23.11.1988). 1985 und 1986 hatte die Türkei Schweizerwaffen für über 110 Millionen Franken pro Jahr gekauft, 1987 noch für 64 Millionen Franken. Der Rückgang der türkischen Importe von Schweizerwaffen 1988 auf 8 Millionen erklärt sich z.T. dadurch, dass inzwischen gewisse Waffentypen mit Schweizer Lizenzen in der Türkei selber hergestellt werden.

Die Schweizer Sektion von Amnesty International kritisiert die "legale Umgehung" des Gesetzes über Kriegsmaterialausfuhr durch die Vergabe von Li-

zenzverträgen auch am Beispiel *Chiles*. 1973 hatte der Bundesrat Chile zum Spannungsgebiet erklärt und 1979 beispielsweise das Gesuch der Mowag AG in Kreuzlingen für den Export von Schützenpanzern abgelehnt. Daraufhin schloss die Mowag AG mit einer chilenischen Waffenfirma einen Lizenzvertrag (2). Seither werden die gewünschten Schützenpanzer in Chile selber produziert. Die Uebertragung von Lizenzrechten ist nicht bewilligungspflichtig. Dazu wäre eine Ausweitung des Kriegsmaterial-Begriffs notwendig.

Die Länderstatistik über die Waffenexporte weist von Jahr zu Jahr starke Schwankungen auf, was sich zum grossen Teil dadurch erklärt, dass an einem bestimmten Datum eine grosse Bestellung von Waffen und/oder Ersatzteilen getätigt wird, und im folgenden Jahr keine oder lediglich Nachbestellungen erfolgen.

Gemäss Art. 11 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial werden keine Ausfuhren bewilligt:

- a) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen;
- b) wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere die Achtung der Menschenwürde sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.

Die Schweizer Sektion von Amnesty International reichte im Juni 1989 die Petition "Menschenrechte und Waffenausfuhr" bei den eidgenössischen Räten ein. Die Petition verlangt, dass die Bundesbehörden bei Waffenausfuhrge-suchen die im Kriegsmaterialgesetz verankerte Menschenrechtsklausel konsequent anwenden. Diese Klausel wurde offensichtlich im Falle von China angewendet:

Embargo für China

Sozialistische Entwicklungsländer weisen bisher keine Waffenkäufe in der Schweiz auf. 1987 hatte sich *die Volksrepublik China* - und danach auch die Rüstungsfirma Bührle - beim Bundesrat erkundigt, ob aufgrund des schweizerischen Kriegsmaterialgesetzes schweizerische Waffenlieferungen nach China grundsätzlich möglich wären, was der Bundesrat in der Folge bejahte. Im Mai 1989 unterdrückte die chinesische Regierung mit grober Gewalt eine friedliche Massen-Protestbewegung weiter Bevölkerungsteile. Es gab zahlreiche Tote und Hinrichtungen. Der Bundesrat erliess in der Folge im Juni 1989 ein Waffenexportverbot mit sofortiger Wirkung für China. Das Verbot bewirkte den Widerruf

der 1987 erteilten Ausfuhrbewilligung und betraf einen Auslieferungsstopp für die Rüstungsfirma Oerlikon-Bührle-Holding für die Teillieferung eines chinesischen Auftrages in der Höhe von insgesamt 120 Millionen Franken. Bereits exportiert waren Waffen im Wert von 1 Million Franken. Nicht betroffen vom Embargo sind chemische Substanzen und Explosivstoffe für zivile Zwecke.

Das Kriegsmaterialgesetz sieht die Möglichkeit des Widerrufs einer erteilten Bewilligung ausdrücklich vor. Vorübergehende Exportembargos waren früher verhängt worden für die arabischen Staaten, für Israel, Rhodesien, Südafrika, Spanien, Nigeria, Griechenland, die Türkei und Zypern.

Dem Waffenembargo für China ging in der Junisession eine Parlamentsdebatte voraus, bei der verschiedentlich kritisiert wurde, das Kriegsmaterialgesetz werde zu wenig streng ausgelegt. Insbesondere wurde gefordert, dass Menschenrechtsverletzungen bei der Bewilligung von Waffenexporten stärker gewichtet werden müssen.

Lieferungen in Spannungsgebiete

Regelmässig publiziert die Presse Fälle, in denen Schweizer Waffen auch in Kriegsgebiete geliefert werden. Das SIPRI-Jahrbuch 1989 beispielsweise nennt unter anderem die Lieferung von zwölf gepanzerten Piranha-Mannschaftswagen an den sich in einem Bürgerkrieg befindenden **Libanon**. Weiter sind die Lieferungen von zwanzig PC-9-Trainingsflugzeugen an den **Irak** sowie die Auslieferung der 1985 erfolgten Bestellung von 30 solchen Trainingsflugzeugen an **Saudi-Arabien** dokumentiert. Die Auslieferung der PC-9-Flugzeuge (wiederholte Male auch an Guatemala) als "ziviles Flugzeug" wird seit Jahren kritisiert, wurde doch nachgewiesen, dass PC-9 wiederholt auch für kriegerische Zwecke eingesetzt wurden.

Nachdem laut Presseberichten der Verdacht bestand, dass im Konfliktgebiet Iran/Irak mit PC-7 und PC-9 Giftgaseinsätze geflogen wurden, richtete die Gefangenenhilfsorganisation ai einen Brief an den Bundesrat und in der Dezember-Session 1988 verlangten fünf Nationalräte Abklärung des Verdachts auf Kriegseinsatz von Schweizer PC-Flugzeugen. Die Antwort des Bundesrates: "Giftgaseinsätze des Pilatus PC-7 im Golfkrieg sind nicht erwiesen. Der PC-7 ist kein Kriegsmaterial im Sinne der Bundesgesetzgebung" (NZZ, 6.12.88). Amnesty International fordert mit einer Petition eine gründliche Ueberprüfung der Waffenausfuhrpraxis und eine strikte Anwendung der im Gesetz verankerten Menschenrechtsklausel. Insbesondere fordert ai eine Abänderung der Kriegsmaterialverordnung; inskünftig sollen auch Bestand- und Ersatzteile als Kriegsmaterial gelten, wenn diese militärisch verwendet werden *können*. Ferner sollen Lieferungen von Ersatzteilen für in zivilem Zustand exportierte Güter unter die Bewilligungspflicht fallen, wenn diese Güter nachträglich im Ausland "militarisiert" wurden. In der Publikation zur Petition dokumentiert ai in Länderporträts die wirtschaftliche, politische und Menschenrechtssituation der wichtigsten mit schweizerischem Kriegsmaterial belieferten Entwicklungsländer.

Tabelle Nr. 16

Schweizerische Kriegsmaterialexporte 1987/88				
	1987		1988	
	1000 Fr.	%	1000 Fr.	%
1. Gesamter Kriegsmaterialexport	587 259	100,0	504 394	100,0
1.1. Entwicklungsländer	315 005	54,5	244 643	48,5
1.2. Industrieländer	263 254	45,5	259 751	51,5
2. Entwicklungsländer¹				
2.1. LLDC's insgesamt	21	0,0	10	0,0
davon:				
Bangladesh	0		1	
Sudan	7		5	
Tansania	14		4	
2.2. LIC's insgesamt	4 148	0,7	19 345	3,8
davon:				
Ägypten	33		256	
Indien	1 207		203	
Indonesien	258		0	
Pakistan	2 491		18 885	
Sri Lanka	1		18 885	
2.3. LMIC's insgesamt	65 204	11,3	134 901	26,7
davon:				
Marokko	404		509	
Nigeria	30		105 820	21
Peru	0		155	
Philippinen	3		46	
Thailand	300		20 196	
Türkei	64 431		8 114	
2.4. UMIC's insgesamt	245 632	42,5	90 386	17,9
davon:				
Algerien	1 457		1 060	
Arabische Emirate	1 215		4 799	
Bahrein	28 529		1 121	
Brasilien	8 475		5 537	
Ekuador	9 850		4 209	
Qatar	0		1 737	
Saudi-Arabien	177 581		59 122	
Singapur	15 409		9 514	
Venezuela	727		1 519	

Tabelle Nr. 16 (Folge)

1) In den Berechnungen wird die Ländergliederung der OECD/DAC verwendet:	
41 LLDC's (Least Developed Countries)	– mit Pro-Kopf-Einkommen 1986 von 120-1230 US-\$ – und einer Gesamtbevölkerung von 381 Millionen
26 andere LIC's (Low Income Countries)	– mit Pro-Kopf-Einkommen 1986 von 160-1000 US-\$ – und einer Gesamtbevölkerung von 2357 Millionen
32 LMIC's (Lower Middle Income Countries)	– mit Pro-Kopf-Einkommen 1986 von 590-1520 US-\$ – und einer Gesamtbevölkerung von 411 Millionen
63 UMIC's (Upper Middle Income Countries)	– mit Pro-Kopf-Einkommen 1986 von 880-2043 US-\$ – und einer Gesamtbevölkerung von 600 Millionen
Total Entwicklungsländer:	
Pro-Kopf-Einkommen	710 US-\$
Gesamtbevölkerung	3789 Millionen

Quelle: EMD-Oberzolldirektion, Monatsstatistik des schweizerischen Aussenhandels, Bern 1989; Berechnungen und Zusammenstellung: Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes

Eine Zürcher Ingenieurfirma (3) verzichtete im Mai 1989 auf Intervention der Bundesbehörden auf den Bau einer Chemieanlage im *Iran*. Im März 1989 hatte die gleiche Firma ihre Beteiligung an einem Chemiefabrikprojekt in *Aegypten* eingestellt. Eine Umnutzung solcher Fabriken zur Produktion von chemischen Kampfstoffen (beispielsweise Giftgas) ist möglich und veranlasste den Bund zur Intervention. Er setzte eine Arbeitsgruppe ein, welche die Einführung einer staatlichen Exportkontrolle für "chemiewaffengeeignete Technologie" prüft.

Die Auslegung des Kriegsmaterialgesetzes ist seit Jahren umstritten. Im Juni 1988 lehnte der Nationalrat mit 61 : 47 Stimmen ein Postulat zur Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes ab. Die GPK untersuchte in der Folge die Praxis schweizerischer Waffenausfuhr.

Anmerkungen

1. SIPRI ist das Internationale Friedensforschungsinstitut mit Sitz in Stockholm. Das Institut registriert regelmässig den internationalen Waffenhandel und veröffentlicht und kommentiert die Zahlen jeweils im SIPRI-Jahrbuch.
2. Mit Chile haben auch weitere Schweizer Rüstungsfirmen Lizenzverträge geschlossen. ai dokumentiert beispielsweise auch den Lizenzvertrag zwischen der Schweizerischen Industriegesellschaft (SIG) und einer chilenischen armee-eigenen Rüstungsfirma über die Produktion von Sturmgewehren. (Amnesty Magazin Nr. 11/November 1988)

3. Es handelt sich um die Ingenieurfirma Krebs AG, welche auch zur Zeit des Schahs mit Persien (Iran) Geschäfte tätigte und traditionell stark engagiert ist im Nahen und Mittleren Osten.

Quellen

Amnesty International, Schweizer Sektion: Menschenrechte und Waffenausfuhr, Bern, Oktober 1988 und Amnesty Magazin Nr. 11/1988 und 7/1989
Tages-Anzeiger, 23.11.1988; 11.3., 10.5., 30.5., 16.6.1989
Le Courrier, 14.2.1989

6. Investitionsschutzabkommen mit Uruguay

Investitionsschutzabkommen regeln die Stellung ausländischer Investoren und werden mit dem Ziel abgeschlossen, das Investitionsklima und -vertrauen zwischen zwei Ländern zu verbessern. In der Regel werden solche Abkommen zwischen einem Industrieland und einem Entwicklungsland zur Förderung der Investitionen vereinbart. Auffallend an der Liste der bisherigen Abkommen, ist die Abwesenheit der schweizerischen Hauptinvestitionsländer Argentinien, Brasilien, Mexiko. Diese Länder fürchten eine Einschränkung der Selbstbestimmung und eine Benachteiligung nationaler Interessen durch eine Vorzugsbehandlung ausländischer Investitionen. Durch die zunehmende Verschuldung und den markanten Rückgang der ausländischen Privatinvestitionen hat sich das Interesse an Investitionsschutzabkommen etwas verändert und in letzter Zeit werden Schulden in Investitionen (debt-equity-swaps) umgewandelt, dies als Mittel zur Reduktion des Schuldenbergs und als Anreiz für die Wiederaufnahme der ausländischen Investitionstätigkeit.

Die Schweiz hat seit anfangs der sechziger Jahre bis Mitte 1989 (Stand 1.6.1989) insgesamt 41 Investitionsschutzabkommen mit Entwicklungsländern unterzeichnet, davon sind 36 in Kraft.

Uruguay, umgeben von den investitionsattraktiven Ländern Argentinien und Brasilien, ist das erste lateinamerikanische Land, welches mit der Schweiz ein Investitionsschutzabkommen geschlossen hat (Unterzeichnung am 7.10.1988).

Die bilateralen Investitionsschutzabkommen folgen einem Mustertext und einem Mustervorgehen: Als erstes erfolgt *die Paraphierung* als Abschluss der Text-Bereinigung. Der zweite Schritt ist *die Unterzeichnung*, und nach dem nationalen Genehmigungsverfahren erfolgt *die Ratifizierung*.

Das Investitionsschutzabkommen mit Uruguay hält sich eng an den Mustertext anderer solcher Abkommen und regelt im wesentlichen folgende Fragen:

- 1) Als Investoren gelten physische und juristische Personen der beiden Länder.
- 2) Die Form der Investitionen ist sehr weit gefasst und enthält Mobilien, Immo-

bilien, Aktien und andere Beteiligungen an Gesellschaften, Schuldtitel, Autorenrechte, Lizenzen und weitere reelle und geistige Rechte.

- 3) Das Prinzip der richtigen und gerechten Behandlung der Investitionen, wobei als Mindestklausel die Gleichbehandlung ausländischer gegenüber inländischen Investitionen gilt, in Anwendung nationalen Rechts unter Einhaltung des geltenden internationalen Rechts. Im Fall von Vorzugsbehandlung anderer ausländischer Investitionen gilt diese auch für Investitionen aus dem Vertragsland.
- 4) Entschädigungsbestimmungen im Falle von Enteignung oder Verstaatlichung.
- 5) Freier Gewinntransfer und freie Kapitalrückführung.
- 6) Die Bestimmung eines Schiedsgerichts im Konfliktfall.

Das Abkommen ist zehn Jahre gültig und erneuert sich, falls es nicht gekündigt wird, jeweils zu den gleichen Bedingungen für weitere fünf Jahre. Es tritt mit seiner Ratifizierung in Kraft.

Quellen

BAWI

Accord entre la Confédération Suisse et la République Orientale de l'Uruguay concernant la promotion et la protection réciproques des investissements

7. Doppelbesteuerungsabkommen

In einem Doppelbesteuerungsabkommen verzichten beide Vertragsstaaten auf gewisse Steuereinnahmen, in der Regel auf Einkommens- und Vermögenssteuern, falls letztere im Vertragspartnerland erhoben werden. Ein weiterer Zweck solcher Abkommen ist die Förderung des Handels und die Erleichterung von Investitionen. Die Verträge folgen weitgehend dem OECD-Musterabkommen aus dem Jahre 1977. Das Interesse der Schweiz an Doppelbesteuerungsabkommen ist es, eine grössere Investitionssicherheit zu erlangen. Sie legt besonderen Wert auf den Einbezug der Bereiche Dienstleistungen, Unternehmensgewinne, Lizenzen, Dividenden sowie Quellensteuern. Die Schweiz hat Interesse an Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern mit einem grossen Investitionspotential wie beispielsweise Argentinien und Brasilien, mit denen jedoch noch keine solchen Abkommen geschlossen werden konnten. Mit Argentinien sind erste Gespräche im Gange. Bis anhin hat jedoch noch kein lateinamerikanisches Land mit der Schweiz ein solches Abkommen abgeschlossen.

Bis Mitte 1989 (Stand 1.7.1989) sind mit den neun folgenden Entwicklungsländern aus Afrika und Asien Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteue-

rung geschlossen worden: Pakistan, Trinidad und Tobago, Malaysia, Singapur, Südkorea, Sri Lanka, Elfenbeinküste, Ägypten, Indonesien. Verhandlungen sind im Gange mit China, Indien, Thailand, Türkei, Kuwait, Nigeria.

Das am 20. Mai 1987 unterzeichnete Einkommenssteuerabkommen mit **Ägypten** ist am 14. Juli 1988 in Kraft getreten und findet auf die ab 1. Januar 1989 fällig gewordenen Einkünfte Anwendung.

Das am 23. November 1987 unterzeichnete Einkommenssteuerabkommen mit der **Elfenbeinküste** ist im Parlament gutgeheissen worden. Die Ratifikation soll im Verlaufe des Jahres 1989 erfolgen, sodass das Abkommen auf die ab 1. Januar 1990 fällig werdenden Erträge anwendbar wird.

Mit **China** führten im Mai 1989 weitere Verhandlungen zur Paraphierung eines Einkommens- und Vermögenssteuerabkommens. Im Juni 1989 unterdrückte die chinesische Regierung mit grosser Gewalt eine friedliche Massendemonstration von Studenten und Arbeitern. Infolge der Verhärtung des politischen Klimas in China wurde die für die zweite Jahreshälfte 1989 vorgesehene Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens vorerst ungewiss.

1988 wurde mit **Indonesien** ein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen. "Dieses bringt den schweizerischen Investoren eine erhebliche Entlastung von der indonesischen Steuer und dürfte sich allgemein günstig auf die Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auswirken" (Botschaft Bbl. 88.067). Indonesien nimmt aufgrund seiner Grösse und seines Wirtschaftspotentials eine wichtige Stelle im südostasiatischen Raum ein. Zahlreiche schweizerische Unternehmen unterhalten in Indonesien Vertretungen oder Produktionsstätten. Für diese sollen nach dem Doppelbesteuerungsabkommen auf dem indonesischen Markt die gleichen Wettbewerbsbedingungen gelten wie für ihre Konkurrenten aus anderen Industrieländern.

Die indonesischen Investitionen in der Schweiz sind unbedeutend und die steuerlichen Vorteile aus dem Abkommen kommen in erster Linie für schweizerische Investoren zum Tragen.

Dem Abkommen gingen langjährige Verhandlungen voraus. 1974 fanden erste technische Vorgespräche statt. Damals zeigte Indonesien ein starkes Interesse an ausländischen Investitionen. Anfangs der achtziger Jahre führte Indonesien eine umfassende Reform des Steuersystems durch, welche den Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens hinauszögerte. Am 29. August 1988 wurde dieses in Bern unterzeichnet. Es findet seine Anwendung nur für Einkommenssteuern in beiden Staaten, weil Indonesien keine Vermögenssteuer kennt. Nach der Ratifikation durch das Parlament im Juni 1989 kommt das Abkommen ab 1. Januar 1990 zur Anwendung.

Quellen

Bbl. 88.067: Botschaft über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Indonesien, 19.10.1988

Eidg. Steuerverwaltung

BAWI